

## EDITORIAL

❖ Bei den NRW-Wahlen am 9. Mai 2010 haben teilweise die gleichen Gründe zur Niederlage der CDU geführt, die fünf Jahre zuvor ihren Erfolg ermöglichten. 2005 folgte die CDU-Wahlkampfstrategie dem alten chinesischen Sprichwort: „Hast du einen Feind, setze dich an den nächsten Fluss und warte, bis seine Leiche vorbeitreibt.“

Bei hoher Wahlenthaltung von SPD-Wählern erreichte die CDU in einer Protestwahl gegen Rot-Grün 44,8 Prozent. Mit der FDP reichte es knapp für die Mehrheit. Die Folge war ein bundespolitisches Beben mit vorgezogener Bundestagswahl und dem Regierungswechsel von Gerhard Schröder zu Angela Merkel und zur Großen Koalition.

Das alles geschah erst vor fünf Jahren und scheint doch so lange zurückzuliegen. Längst haben sich die Menschen an Bundeskanzlerin Angela Merkel gewöhnt, und viele erinnern sich nicht mehr daran, wer der Vorgänger von Jürgen Rüttgers war. Der rot-grüne Schrecken war verblasst.

So kam es 2010 wieder zu einem Wahlkampf ohne mobilisierendes Thema, doch diesmal saßen die Konkurrenten der CDU am Ufer des Flusses: Von den 3,6 Millionen CDU-Wählern des Jahres 2005 wanderten 2010 fast zehn Prozent ins Lager der Nichtwähler.

Mit 5882 Stimmen hat die CDU knapp die Nase vor der SPD, die ihr seit 1954 schlechtestes Ergebnis ausgelassen als Wahlsieg feierte – man fühlte sich an den Realitätsverlust von Gerhard Schröder am Abend der Bundestagswahl 2005 erinnert.

Die CDU-Verluste waren vordergründig ein Denkzettel für den schwachen Regierungsstart in Berlin und die Folge der Bedeutungslosigkeit von Landesthemen (und damit auch der Erfolgsbilanz der Regierung Rüttgers). Eine Rolle spielten zudem Verunsicherungen durch die Griechenlandhilfe und Verwirrungen



gen um die Landesgeschäftsstelle der Partei.

Entscheidender bleibt die grundlegende Frage nach dem Profil der Union. Die Langzeitfolgen von Kompromissen in der Berliner Großen Koalition wirken hier ebenso vernebelnd wie eine zunächst übertriebene Zuneigung zum „Wunschk-

partner“ FDP.

So hat die CDU zu spät ausgesprochen, was die Bürger längst eingesehen hatten: Ange-sichts der Staatsverschuldung gibt es keinen Spielraum für Steuersenkungen. Schädlich waren auch Zögerlichkeiten bei den seit zwei Jahren versprochenen schärferen Regeln für die Finanzmärkte.

Nichts gegen späte Einsicht, aber frühe Klarheit ist besser. In Berlin verdeckt voraus-eilende Koalitionstreue zu oft die eigene Position. Anstatt Kompromisse vorwegzuneh-men, muss die CDU mehr Energie darauf ver-wenden, den Bürgern zu erklären, wofür sie selbst steht. Das gilt umso mehr angesichts der zu erwartenden schmerzlichen inhaltlichen Zugeständnisse infolge der neuen Mehrheits-verhältnisse im Bundesrat und einer eventuel- len Großen Koalition in Düsseldorf.

Dort hat die SPD zuerst eine Koalition mit der Linkspartei „sondert“. Die Grünen machten nicht nur mit, sondern trieben an – obwohl sieben von elf Abgeordneten der Linkspartei zu verfassungsfeindlichen Organisationen gehö-ren. Dieser unwürdige Sondierungsexkurs ist mehr als ein Kollateralschaden. Mutwillig wurde einmal mehr der notwendige Konsens der Demokraten in der klaren Abgrenzung von jedwedem Extremismus beschädigt. ❖

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Stephan Eisel".

Stephan Eisel